

Linz, am 25.06.2025

Biber-Management dringend erforderlich

Der OÖ Bauernbund fordert im Zuge der morgigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ unter anderem: Regulierung der stark gestiegenen Biber-Bestände, Änderung der Zulassungspraxis bei Pflanzenschutzmitteln und die Begrenzung des Freihandels mit der Ukraine auf für die Landwirtschaft wirtschaftlich verkraftbare EU-Importmengen.

In den letzten Jahren sind die Biberbestände in Oberösterreich massiv angestiegen und mittlerweile in fast allen Regionen des Landes vorgedrungen. Gleichzeitig sind damit auch die Schäden an land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken sowie Kulturen über die Jahre hinweg stark angestiegen.

Das massive Auftreten des Bibers gefährdet die Sicherheit von Menschen in dem dieser Straßen und Wege untergräbt, Bäume neben Straßen annagt und Gehölze im Gewässer verbaut, die durch Verklausungen die Hochwassersituation erheblich verschärfen. Zudem werden Hochwasserdämme zunehmend durch Grabungen des Bibers unterminiert. Darüber hinaus verursacht der Biber große Schäden, in dem er die Funktion von genossenschaftlichen und privaten Entwässerungsanlagen sowie von Vorflutern beeinträchtigt, großflächige Vernässungen durch Aufstauungen verursacht, Wälder entlang von Gewässern zerstört, die Wiederbewaldung verunmöglicht und Gebäude durch die Anhebung des Grundwasserspiegels vernässt.

Bisher rechtlich zulässige Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren und Schäden durch Betroffene erweisen sich regelmäßig als weitgehend erfolglos. Damit liegen nach Auffassung der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer flächig die rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung einer Regulierung zur Entnahme des Bibers vor.

„Wir fordern daher den zuständigen Landesrat für Naturschutz mit allem Nachdruck auf, auch für Oberösterreich eine Regulierungsverordnung zu erlassen. Damit soll die Entnahme von Bibern rasch, unbürokratisch und effizient zur Abwehr von Gefahren und zur Verhinderung von ernststen Schäden in der Land- und Forstwirtschaft ermöglicht werden. Zudem muss damit auch eine unkomplizierte Beseitigung von Biber-Dämmen ermöglicht werden. Den gegenüber der Land- und Forstwirtschaft erfolgten Ankündigungen für Biberentnahmen müssen nun durch den zuständigen politischen Verantwortlichen endlich auch konkrete Taten folgen“, betont OÖ Bauernbund-Fraktionsobfrau LK-Vizepräsidentin Rosemarie Ferstl.

Pflanzenschutzmittel: dringende Änderung der Zulassungspraxis notwendig

Die fehlende Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen führt seit mehreren Jahren insbesondere bei Sonderkulturen, immer mehr aber auch bei Großkulturen zu erheblichen Herausforderungen und Einschnitten in der Pflanzenproduktion. Bei vielen Kulturen wird das Resistenzmanagement (Wechsel von Pflanzenschutzwirkstoffen) im Rahmen des integrierten Pflanzenschutzes zunehmend schwieriger und immer öfter sind bäuerliche Betriebe gerade bei wertschöpfungsintensiven Kulturen mit Bekämpfungslücken konfrontiert. Zudem laufen in den kommenden Jahren viele EU-Wirkstoffgenehmigungen aus, sodass der gänzliche Wegfall weiterer unverzichtbarer Wirkstoffe droht. Ohne gezielte Maßnahmen in der Pflanzenschutzmittelzulassung sind daher in den kommenden Jahren erhebliche Einschränkungen im Bereich der Agrobiodiversität, bei der Inlandsversorgung mit Obst und Gemüse sowie in der wirtschaftlichen Wertschöpfung für bäuerliche Betriebe zu erwarten. Weiters ergeben sich damit immer stärkere wirtschaftliche Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis zur Produktion in den EU-Nachbarländern.

„Für die Verbesserung der Pflanzenschutzmittel-Zulassungssituation in Österreich ist die volle Ausschöpfung des unionsrechtlichen Rahmens erforderlich. Unabdingbar ist insbesondere eine vereinfachte gegenseitige Anerkennung von in anderen EU-Mitgliedsstaaten bereits zugelassenen Pflanzenschutzmitteln durch eine direkte Anerkennung dieser Zulassungen. Bei in anderen EU-Mitgliedsstaaten zugelassenen Pflanzenschutzmitteln muss auf eine defacto Neuzulassung auf nationaler Ebene verzichtet werden“, so Ferstl.

EU-Assoziierungsabkommen: Beibehaltung der Zollkontingente

Die in den letzten drei Jahren in Geltung befindlichen, jeweils einjährigen autonomen Handelsmaßnahmen (ATM) der EU mit der Ukraine sind am 5. Juni 2025 ausgelaufen. Damit gelten für Agrar- und Lebensmittelimporte aus der Ukraine in die EU seit 6. Juni wieder die ursprünglichen zollbegünstigten Importkontingente aus dem EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen. Derzeit laufen auf EU-Ebene umfangreiche Vorbereitungen für neuerliche Verhandlungen mit der Ukraine zur Vertiefung des bisherigen Assoziierungsabkommens. Deren Ziel ist es, weitere gegenseitige Liberalisierungsschritte zu setzen und ein weiterhin stabiles Umfeld für den Handel zwischen der Ukraine und der EU zu schaffen. Die Verhandlungskompetenz liegt dazu bei der EU-Kommission, Änderungen können mit qualifizierter Mehrheit im Rat der EU-Handelsminister umgesetzt werden.

„Der Bauernbund und die Landwirtschaftskammer OÖ begrüßen die Rückkehr zum ursprünglichen Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, äußern aber massive Sorge bezüglich einer weiteren Ausweitung der Liberalisierung im Agrar- und Lebensmittelhandel. Die zuletzt in Geltung befindlichen Liberalisierungsschritte für den Agrar- und Lebensmittelhandel waren für die EU-Land- und Lebensmittelwirtschaft keinesfalls längerfristig wirtschaftlich tragbar“, erklärt Ferstl.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die ukrainische Landwirtschaft trotz des Krieges wirtschaftlich weiterhin äußerst wettbewerbsfähig ist. Die Absatzmöglichkeiten auf dem EU-Markt haben in der Ukraine insbesondere zu einer starken Forcierung des Ölsaaten- und Zuckerrübenanbaues geführt.

LK-Vizepräsidentin Ferstl meint: „Wir fordern im Zuge der anstehenden EU-Verhandlungen zur Regelung der Handelsbeziehungen mit der Ukraine, die bestehenden Zollkontingente im Rahmen des EU- Assoziierungsabkommens, beizubehalten. Darüber hinausgehende Liberalisierungsschritte sind insbesondere für die heimische bäuerliche Landwirtschaft wirtschaftlich in keinster Weise tragbar.“

+++

Rückfragenhinweis:

DI Michael Harant, BEd BSc

+43 732 773866 - 811

+43 664 8326212

michael.harant@ooe.bauernbund.at